

stücken und Häusern, der in Preußen ein Procent beträgt, herabgesetzt, und zu diesem Zweck der Ertrag einer künftigen Börsensteuer verwendet werden müsse.

Charakteristisch ist die Haltung der Agrarier in Bezug der Eisenbahnen: Staatsbahnen durchweg statt Privatbahnen, nicht aber in der Hand des Reichs, „der Besitzstand der einzelnen Staaten soll nicht berührt werden.“ hier hat bei den preussischen Altconservativen die Rücksicht auf ihre particularistischen Freunde aus den Mittelstaaten den Ausschlag gegeben, daneben fordern sie Aufhebung aller Differentialtarife. Wir stellen für die Eisenbahnen in den Vordergrund den Charakter von öffentlichen, der wirthschaftl. Thätigkeit der ganzen Nation dienenden Straßen. Dabei verlangt auch das Interesse des Landwirths nicht, daß alle Differentialtarife, sondern es verlangt nur, daß diejenigen Frachtunterschiede beseitigt werden, welche die ausländische Production auf Kosten der inländischen begünstigen, welche willkürlich den einen Platz vor dem andern bevorzugen und dadurch die deutschen Erwerbsverhältnisse stören. Einem weiteren Punkt im Programm der Agrarier, der Forderung, daß nur dem Reich die Ausgabe von Papiergeld gebühre, die Bankprivilegien zu beseitigen seien, ist zum großen Theil schon Gemüthe geschehen; die wilden Scheine sind verschwunden, es giebt nur noch Reichskassenscheine, die Privatjetztelbanken sind im Aussterben. Durch die Einrichtung der Reichsbank ist gesetzlich dafür gesorgt, daß sie keinen einseitigen Interessen, sondern der Wohlfahrt des gesammten Volkes zu dienen hat.

In drei weiteren Nummern des Programms wird eine durchgreifende Reform des Actiengesetzes vom 14. Juni 1870, eine Revision der Gewerbeordnung und des Unterstützungswohngesetzes sowie ein wirksamer Rechtsschutz für die Verträge zwischen Arbeitern und Arbeitgebern verlangt. Jedenfalls ist es thöricht, für etwaige aus den genannten Gesetzen entstandene Mißstände allein die Liberalen verantwortlich zu machen, da in den Jahren 1867 bis 70, denen die Gesetze ihre Entstehung verdanken, die liberale Partei nicht einmal die Mehrheit hatte, die Regierung selbst im Wesentlichen eine conservative war und auch die conservativen Reichstagsmitglieder in ihrer Mehrzahl den betreffenden Vorlagen zustimmten. Wenn im Actiengesetz hauptsächlich dem Wegfall der staatlichen Genehmigung für die Bildung von Actiengesellschaften die Schuld am Actien- und Gründerwindel beigegeben wird, so spricht dagegen einigermaßen das Beispiel Oesterreichs, wo trotz der Beibehaltung dieser Genehmigung der Schwindel mindestens ebenso arg war wie bei uns. Die Erfahrungen der Jahre 1871 bis 73 haben erkennen lassen, daß es allerdings Lücken auszufüllen giebt, durch scharfe Strafgesetze, strenge Verantwortung der Gründer, Verwaltungsräthe und Directoren, worauf ja die aus der liberalen Partei hervorgegangenen Anträge abzielten, während die Agrarier bisher nicht den mindesten Beitrag zur Lösung dieser Frage geliefert haben. Sehr einseitig und hartherzig traten auf ihrem Congresse die Ansichten über die Freizügigkeit und den Unterstützungswohnplatz hervor, welchen letzteren viele Theilnehmer ganz aufheben wollten, während doch höchstens eine Entlastung der Heimathgemeinde durch eine Aenderung in Bezug auf das Alter gerechtfertigt erscheint, so daß der Unterstützungswohnplatz in dem Orte der Arbeitsnahme etwa schon vom 21. Jahre an erworben wird. Falsch ist es auch, die Uebel, an welchen das Handwerk krankt, der Gewerbefreiheit in die Schuhe zu schieben. Die Uebel liegen viel tiefer, in dem modernen Großbetrieb und in der social-demokratischen Vergiftung der Arbeiter. Die Verbesserung der Gewerbeordnung in mehreren Punkten, besonders in Bezug auf das Lehrlingswesen, ist natürlich nicht ausgeschlossen; die Agrarier aber haben weder bei diesem noch bei den andern Gesetzen gesagt, auf welche Weise sie revidirt werden sollen, wie Graf Udo Stollberg in der Berliner Versammlung es selbst aussprach. Ueber die Frage der Bestrafung des Contractbruchs zwischen dem Arbeiter und Arbeitgeber ist im Reichstage eine Einigung noch nicht erzielt worden; überwiegend ging aber dort wie auch im Landwirthschaftsraath die Meinung dahin, Maßregeln zu treffen, wodurch der ländliche Arbeiter zur Erfüllung seiner contractlichen Pflicht sofort gezwungen werden könne; die Frage ist noch eine offene, wobei auch bei ihrer früheren Behandlung schon viele Liberale für die Bestrafung des Contractbruchs stimmten. Schließlich wollen die Agrarier die Theilbarkeit der Güter gesetzlich aufheben, während das Gegentheil von den Liberalen stets erstrebt wurde, da die Beseitigung des ländlichen Mittelstandes schwere Gefahren in sich trägt und wesentlich der Socialdemokratie förderlich ist. — So das Programm der Agrarier; was wahr und erreichbar darin ist, erstreben auch die liberalen Parteien, während das Andere nicht durchführbar und verkehrt erscheint.

Tagesgeschichte.

— Ueber die Vorgänge im Orient und über die gegenseitige Haltung der beiden verbündeten, mit der Türkei kriegführenden Völker, Serbien und Montenegro, laufen sehr wenig günstige Nachrichten ein, so daß man annehmen muß, daß die Türkei auch diesmal unangefochten und als endlicher Sieger aus den Wirren hervorgehen werde. Man schreibt nämlich: Ehe die Vasallenstaaten Serbien und Montenegro dem türkischen Großherrscher durch die Kriegserklärung den Gehorsam aufkündigten, wurden vielfach Zweifel darüber laut, ob es der Fürst der Schwarzen Berge auch ehrlich mit seinem „Bruder“ Milan meinte. Es erfolgte dann faktisch die Kriegserklärung beider Fürstenthümer und unbedingtes Vertrauen trat an die Stelle der bisherigen Zweifel. Das

gute Einvernehmen sollte jedoch nicht lange dauern. Fürst Milan schickte einen besonderen Bevollmächtigten in das montenegrinische Hauptquartier, um zu spioniren. Wiederum tauchte Verdacht auf und heute wird es schon mit klaren Worten ausgesprochen, daß „Bruder“ Nikita unehrliches Spiel treibt. Die letzten Kämpfe der Montenegriner haben den Beweis geliefert, daß die montenegrinischen Truppen eine Vereinigung mit den Serben vermeiden, anstatt dieselbe mit allen Kräften zu erstreben. Statt an die Ostgrenze des Landes das Schwergewicht der kriegerischen Entscheidungen zu verlegen, operirt die Armee des Fürsten von Montenegro im Westen und bemüht sich gar nicht, mit den serbischen Streitkräften Fühlung zu bekommen. Serbischerseits wurde die Vereinigung der „verbündeten“ Armeen mit Energie versucht, jedoch ohne Erfolg. Der Fürst von Montenegro fügt sich keinem gemeinsamen Kriegsplan, er konzentriert selbständig und selbstständig seine Operationen auf die Herzegowina; hier sucht er festen Fuß zu fassen und so viel türkisches Gebiet wie möglich in seine Gewalt zu bekommen. In Anbetracht dieser zweideutigen Haltung Montenegros kann es nicht Wunder nehmen, daß die Chancen der Serben schlechter werden. Wenn wir auch nicht an die hochtönenden türkischen Siegesdepeschen glauben, so ist augenblicklich doch der Stern Milans im Untergehen. Wenn die türkischen Angaben über die serbischen Verluste wahr wären, so müßte Serbien schon ohne Waffen und Armee sein; aber die Aktien der Serben stehen schlecht, wenigstens an den Börsen Europas. In Wien, wo die Niederlage der Serben gewünscht wird, färbt der Wunsch das Urtheil, auch in Berlin, Paris und London sieht man sehr schwarz in Bezug auf Serbien. Die Frage des Waffenstillstandes wird jetzt brennend, ehe die serbische Armee entscheidende Niederlagen erlitten. Gegenwärtig nehmen die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz noch einen Verlauf, welcher die in Reichstadt neuerdings befestigte Friedenspolitik der Mächte nicht wenig erleichtert. Keine der kriegführenden Parteien erringt solche Erfolge, daß es bei den eventuellen Friedensverhandlungen schwer fallen wird, den Sieger von der Nothwendigkeit einer Belassung des Status quo ante besonders zu überzeugen. Daß der Besitzstand und die rechtliche Stellung der kriegführenden Vasallenstaaten und die der suzeränen Macht keine Aenderung erfahren darf, wird nicht durch besonders eindringliche Argumente eingeschränkt werden müssen, das ergibt sich so ziemlich aus den Resultaten des Krieges selbst. Die Türkei ist stark genug, um durch glänzende Waffenerfolge sich verlockt zu fühlen, ihre feierlich proklamirte Absicht, den territorialen Besitzstand Serbiens intakt zu lassen, nachträglich wieder zu ändern. Dazu kommt noch die entsetzlich barbarische Kriegführung seitens der Türkei. Wiederholen sich die bulgarischen Vorgänge, von der einen oder der anderen Seite auf dem Kriegstheater selbst, so ist allerdings nicht undenkbar, daß die europäischen Mächte durch die beleidigte öffentliche Moral rascher zu einer Einmischung gedrängt werden, als dies bei den Reichstädter Besprechungen in Aussicht genommen worden zu sein scheint. — Ein Augenzeuge schreibt nämlich vom Kriegsschauplatz: „Das ist nicht mehr der Krieg, das ist die Verwüstung und Ausrottung, wie sie zur Zeit der Völkerwanderungen geübt wurden. Die Gluth des Hacenhasse ist emporgestammt zur hellen Höhe und versengt Alles, was in ihren Bereich fällt. Nicht mehr die Armeen kämpfen gegen einander, sondern Alles was Mensch heißt und leider oft nicht Mensch ist, mordet und vertilgt sich gegenseitig und vernichtet alle Güter und Werthe des Lebens in grenzenloser, unerhörter Barbarei. Der Fanatismus hat die Sinne der Menschen verwirrt, sie in Schakale und Hyänen verwandelt und namenloses Weh und unsagbaren Jammer über diese unglücklichen Gegenden und ihre armen Bewohner gebracht.“

— In Belgrad hat sich ein Ereigniß von bedeutender Tragweite vollzogen. Zwei Abgeordnete, Glitchic und Kovaczewicz, sind vor einigen Tagen im fürstlichen Hauptquartier standrechtlich getötet worden. Dieselben hatten sich eingefunden, um den Fürsten zum raschen Friedensschlusse zu bewegen, da sich in Belgrad kommunistische Regungen zeigten. Gleichzeitig machten sie dem Fürsten darüber Vorwürfe, daß er den Krieg begonnen, ohne vorher die gesetzmäßig vorgesehene Einwilligung des großen Landtags eingeholt zu haben. Sie erhoben im Namen ihrer Wähler Protest gegen die Fortsetzung des Krieges.

— Aus Bukarest ist unterm 17. Juli nachstehendes Telegramm eingetroffen: Die rumänische Regierung ließ in Konstantinopel durch ihren Agenten Fürst Ghifa eine Note überreichen, in welcher sie Anerkennung des Rechtes verlangt, unabhängig von der Zustimmung der Pforte Verträge mit fremden Mächten abzuschließen zu dürfen. Sie verlangt ferner Ablösung der Tributzahlung und Abtretung der Sulnamündung (Dobrudscha), als Entschädigung für die Bewahrung der Neutralität. Die Pforte ist abgeneigt, auf diese Vorschläge einzugehen. Daher rief Rumänien 60,000 Mann unter Waffen und gestattet bereits 60,000 von Serbien angekauften Chassepot's die Passage nach Belgrad.

Locale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 19. Juli. Gestern in den ersten Morgenstunden zog über unsere Gegend ein sehr heftiges Gewitter, das zwar in unserer Stadt selbst keinen Schaden anrichtete, dafür aber in dem 1½ Stunde entfernten Stützengrün so arg auftraf, daß nicht nur zwei Wirthschaften niederbrannten, sondern auch zwei Menschen ums Leben kamen. So weit wir darüber unterrichtet sind, brannte in Oberstützengrün das Pehold'sche, früher Baumgärtel'sche Gut total nieder und wurde ein zur Zeit in demselben aufhältlicher junger Mann aus Schönheide von dem niedergehenden Blitzstrahl getödtet und das in demselben Zimmer